

Vergabenummer

26-2000064211

Maßnahme

Leistung

Rahmenvereinbarung Publikationen der ökonomischen Bildung

Besondere Vertragsbedingungen der Deutschen Bundesbank

1 Überwachung der Anlieferung/Ansprechpartner

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber.

Dieser hat Herrn/Frau **-wird mit dem Zuschlagsschreiben bekannt gegeben-**

mit der Wahrnehmung beauftragt.

Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. von der o. g. Person getroffen werden.

2 Anlieferung/Ort der Leistungserbringung

Annahmestelle:

PORTICA GmbH Marketing Support

Ort, Gebäude, Raum

Van-Gelen-Str. 35

47906 Kempen

3 Vertragslaufzeit/Vertragspreise

3.1 Der Vertrag beginnt am 1. September 2026. Die Vertragslaufzeit beträgt max. 4 Jahre. Der Vertrag kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Vertragsjahresende schriftlich gekündigt werden.

Für die Rechtzeitigkeit der Kündigung kommt es nicht auf die Absendung, sondern auf den Zugang des Kündigungsschreibens an. Das Recht, aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen, bleibt unberührt.

3.2 Mit den vereinbarten Festpreisen sind sämtliche Tätigkeiten des Auftragnehmers, die in der Leistungsbeschreibung oder den vorliegenden Zusätzlichen Vertragsbedingungen einschließlich ihrer Anlagen genannt werden, abgegolten. Insbesondere kann kein gesondertes Entgelt im Hinblick auf die Kosten für die Bereitstellung von Hilfsmitteln, Maschinen und Geräten, die für das fachgerechte Reinigen und den Winterdienst erforderlich sind, verlangt werden.

4 Vertragsstrafen (§ 11 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen

4.1 bei Überschreitung der unter Ziff. 3 genannten Ausführungsfrist(en)

☐

für jede vollendete Woche Prozent

☐

für jeden Werktag Prozent

desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

4.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt Prozent der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

- 4.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzel-fristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

5 Rechnungen (§ 15 VOL/B)

- 5.1 Alle Rechnungen mit Ausnahme von Ziffer 5.3 sind bei der Deutschen Bundesbank als Elektronische Rechnung über die Onlinezugangsgesetz-konforme Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter Angabe der Leitweg-ID 991-80008-08 einzureichen. Voraussetzung für die Einreichung von Rechnungen bei der OZG-RE ist die einmalige Registrierung/Anlage eines Nutzerkontos (<https://xrechnung-bdr.de/>). Eine Bedienhilfe zur Nutzung der OZG-RE finden Sie unter <https://xrechnung-bdr.de/edi/auth/Help> sowie weiterführende Informationen zur Rechnungsstellung unter <https://www.e-rechnung-bund.de/rechnungssteller/>.
- 5.2 Die Zahlungsfrist beginnt erst ab vertragsgemäßer bzw. abgenommener Lieferung/Leistung und Eingang einer fälligen Rechnung.
- Rechnungssteller müssen Rechnungen gegenüber der Deutschen Bundesbank in elektronischer Form im Sinne der E-Rechnungsverordnung (ERechV) ausstellen und übermitteln.
- Die Elektronische Rechnung ist über die Onlinezugangsgesetz-konforme Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter Verwendung der Leitweg-ID 991-80008-08 einzureichen und muss zwingend die Bestellnummer (Bsp. BBk-xxxxxxx-x) enthalten. Rechnungsbegleitende Anhänge zu einer Elektronischen Rechnung sind nur zulässig, wenn sie im PDF-Format eingereicht werden. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor, Rechnungen ohne Bestellnummer an den Rechnungssteller zurückzuweisen.
- Die 30-tägige Zahlungsfrist gemäß § 286 Abs. 3 S. 1 BGB wird nur bei Eingang einer Elektronischen Rechnung, die die vorstehend genannten Voraussetzungen erfüllt, in Lauf gesetzt.
- 5.3 Bei einem Rechnungsbetrag unter 1.000 Euro netto können die Vertragsparteien von einer elektronischen Rechnungsstellung absehen, wenn dieser Rechnung ein Direktauftrag ohne vorherige Durchführung eines Vergabeverfahrens zugrunde liegt. In diesen Fällen kann die Rechnung per Mail an elektronischer-rechnungseingang@bundesbank.de oder postalisch an Deutsche Bundesbank, Buchhaltung Scanstelle, Postfach 57 03 48, 22772 Hamburg gesendet werden.
- 5.4 Der Auftragnehmer hat während des Leistungszeitraums nachträglich eine Rechnung über die ausgeführten Arbeiten unter Zugrundelegung der vereinbarten Festpreise einzureichen.
- Neben dem Rechnungsbetrag ist die Bestellnummer sowie die Vertragsnummer anzugeben. Diese Bestellnummer wird im Zuschlagsschreiben bekanntgegeben. Auf dem Arbeitsnachweis muß neben der Bestellbelegnummer auch die Bestellposition angegeben werden.
- Die Zahlung erfolgt bei vertragsgemäßer Leistung innerhalb 30 Tagen nach Eingang der Rechnung ohne Abzug. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der auf den Tag des Auftragseingangs bei dem die Überweisung auszuführenden Servicezentrum Buchhaltung des Auftraggebers folgende Geschäftstag. Sollte die Leistungserbringung erst nach Rechnungseingang erfolgen / abgeschlossen sein, verlängert sich das Zahlungsziel entsprechend..

6 Sicherheitsleistung (§ 18 VOL/B)

6.1 Stellung der Sicherheit

Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Vertrag ist in Höhe von ./. Prozent der Auftragssumme (inklusive Umsatzsteuer ohne Nachträge) zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, und wenn dies für die sach- und fristgemäße Leistung ausnahmsweise erforderlich erscheint.

Sicherheit kann wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

6.2 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird die Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür der Vordruck 11039 a „Vertragserfüllungsbürgschaft“ zu verwenden oder die Bürgschaft muss inhaltlich vollständig dem Vordruck des Auftraggebers entsprechen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärungen des Bürgen:

- Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet, sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Als Gerichtsstand wird ./. vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen.

7 Zahlungsbedingungen (§ 17 VOL/B)

Vorauszahlungen werden nur geleistet, wenn nachfolgend eine Regelung getroffen ist.

8 Gerichtsstand (§ 19 VOL/B)

Als Gerichtsstand wird Frankfurt am Main vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen.

9 – frei –

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen – WBVB –¹

10.1 Papierlieferung

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich und unabhängig von getätigten Abrufen per E-Mail über Papierlieferschwierigkeiten zu informieren.

10.2 Abrufe

Die einzelnen Abrufe, mit jeweils variablen Abrufmengen (siehe "Preisangebot_26-2000064211") erfolgen per E-Mail durch den Fachbereich.

10.3 Lieferung

Der Auftragnehmer liefert gemäß Abruf des Auftraggebers die gewünschte Menge an den Distributor des Auftraggebers – Kosten und Gefahr frei Annahmestelle gemäß den Anlieferbedingungen PORTICA (siehe Datei "B4_Anlieferungsbedingungen_Portica_26-2000064211"). Die Lieferfrist beträgt max. 10 Wochen nach Abruf.

10.4 Warenproben / Reklamation

Der Distributor des Auftraggebers stellt diesem eine Stichprobe zur Abnahmeprüfung zur Verfügung. Diese Warenprobe kann ggf. auf die gesamte Menge der Lieferung ausgedehnt werden, wenn Zweifel an der vertragsgemäßen Qualität bestehen. Im Reklamationsfall muss ein Lösungsvorschlag innerhalb von 48 Stunden nach Reklamation vorgebracht werden. Anfallende Retoure-/Transportkosten werden vom Auftragnehmer übernommen.

10.5 Kündigung

Beiden Vertragsparteien steht bei Vorliegen eines wichtigen Grundes das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages zu. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der jeweilige Vertragspartner

- seine wesentlichen Verpflichtungen nicht einhält und eine Nachfrist verstreicht; als wesentlich sind auch die mangelhafte Ausführung der Reklamationsbearbeitung sowie die nicht vertragsgemäße Form der Rechnungsstellung anzusehen,
- im Rahmen der Einzellieferungen / -leistungen wiederholt und nachhaltig gegen seine Verpflichtung verstößt,
- gegen die Verschwiegenheitsverpflichtung verstößt

Unberührt bleiben sonstige Ansprüche, insbesondere auf Gewährleistung und Schadenersatz.

Ziff. 5 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen entfällt.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen

¹ **Hinweis:** Die Bedingungen sind zu nummerieren; als Abschluss ist zu schreiben: „Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen“.